



HESSISCHER LANDTAG

14. 08. 2018

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP

betreffend nächste Stufe Hessen: Wirtschaftsstandort stärken, Wachstum fördern, Infrastruktur ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der hessischen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Hessen ist in den letzten vier Jahren zurückgefallen. Die von der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) beim IW Köln in Auftrag gegebene Untersuchung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandorts Hessen legt erhebliche Defizite der Landesregierung offen.
2. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass Hessen in den letzten Jahren beim Wirtschaftswachstum hinter anderen Ländern zurückgeblieben ist. Während die Steuerquote im Vergleich zu anderen Flächenländern, insbesondere wegen der Erhöhung der Grunderwerbssteuer und von Grundsteuern, überproportional angestiegen ist, sind die Investitionsausgaben (pro Kopf) spürbar zurückgegangen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dringend mehr für Gründer-, Innovations- und Forschungsförderung zu tun. Hessen hat messbar den Anschluss an die Spitzengruppe verloren. Im Bundesländervergleich schneidet Hessen mit 26 Neugründungen in innovationsaffinen Branchen je 10.000 aktive Unternehmen unterdurchschnittlich ab. Auch im Bereich der Patentanmeldungen liegt Hessen mit 63 Anmeldungen auf 100.000 Beschäftigte deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (125). Im Bereich der Patentierung von digitalen Zukunftstechnologien rangiert Hessen mit 4,9 Anmeldungen auf einem traurigen neunten Platz, weit unter dem Bundesdurchschnitt (13,6).
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Im Bereich E-Government schneidet Hessen im Bundesvergleich nur mittelmäßig ab. Die Nutzung der digitalen Verwaltung ist unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die Gutachter des IW attestieren Hessen eine geringe Öffnung der Verwaltung. Die Chancen von Open Data werden nicht ausreichend genutzt. Hessen hinkt hinterher. An "GovData", der zentralen Open-Data-Plattform in Deutschland, sind 11 Bundesländer beteiligt, Hessen leider nicht.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Mietpreisbegrenzungsverordnung abzuschaffen und sich im Bundesrat für ein Ende der Mietpreisbremse einzusetzen. Diesen Empfehlungen der Wissenschaftler sollte gefolgt werden, um größere Investitionsanreize für den Bau von Wohnraum zu ermöglichen. Außerdem sind höhere Investitionen in eine bessere Verkehrsanbindung zwischen Großstädten und Umland notwendig sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsprozesse zur Erschließung von bebaubaren Flächen.
6. Der Landtag fordert höhere Investitionen in die hessische Straßeninfrastruktur. Nach Ansicht von 66 % der hessischen Unternehmen wirken sich Mängel der öffentlichen Infrastruktur negativ auf deren Geschäftstätigkeit aus. Die A 3 bei Frankfurt zählt mit 326 Stunden Stau pro Streckenkilometer zu den stauanfälligsten Streckenabschnitten in ganz Deutschland. Allein die Zeitverluste der Autofahrer in Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt stellen laut einer aktuellen Studie einen volkswirtschaftlichen Schaden von 1,5 Mrd. € dar. Die Gutachter des IW stellen fest, dass die Investitionen in die Landesstraßen "heute gut 20 % niedriger [sind] als noch 2008". Besorgniserregend ist, dass mehr als 20 Ortsumgehungen, die im Bundesverkehrswegeplan als "vordringlicher Bedarf" eingestuft werden, von der Landesregierung nicht geplant werden.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich entsprechend der Empfehlung des IW intensiv für die Abschaffung der Luftverkehrssteuer einzusetzen, um Wettbewerbsnachteile des Luftverkehrsstandort Frankfurt zu beseitigen und den Flughafen als "Herzkammer der hessischen Wirtschaft" zu stärken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. August 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Rock